

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr.
 Inzerate nehmen an: in Berlin: A. Reitemeyer, Kurstraße 50,
 in Leipzig: Heinrich Gäßner, in Altona: Paasenstein u. Vogler,
 in Hamburg: J. Türckheim und J. Schöneberg.

in Herrn Louis Fischer einen Sänger gewonnen zu haben, dem man mit ungestörtem Behagen zuhören kann, ohne jemals durch Mißbrauch des Organs oder durch Geschmacklosigkeiten verletzt zu werden. Fräul. Hülgerth sang die sehr schwierige und unbequem liegende Partie der Constanze mit verhältnißmäßiger Leichtigkeit und als musikalisch durchgebildete Gesangskünstlerin. Bekanntlich findet diese Rolle nicht häufig bereitwillige Sängerinnen und bei nicht ausreichender Höhe ist ein Scheitern unvermeidlich. Fräul. Hülgerth scheiterte nicht nur nicht, sondern zeigte sich den Ansprüchen der Rolle, auch in Bezug auf gebiegene Virtuosität, z. B. in der „Marten“ Arie, vollkommen gewachsen. Nur mit der nicht immer gleichen Art der Tonerzeugung hätten wir etwas zu rechten. Einzelne Töne klangen gepreßt und nahmen jene sogenannte Kehlfärbung an, welche die an und für sich so schöne Stimme mitunter entstellt. Das heitere Liebespaar, Blonde und Pedrillo, war durch Frl. Hofrichter und Herrn Bieler vertreten. Die hastige Weise des Spiels und der ungeübte Dialect, der noch ins rein Deutsche zu übertragen ist, verriethen in der jungen Dame die Anfängerin, welche noch nicht oft die heißen Bretter betreten hat. Ihre Stimme ist von nur kleinem Gehalt, namentlich in der Höhe dünner als wünschenswerth, zu loben aber war eine ganz achtbare Gesangsroutine und Reinheit der Intonation. Der Dialect des Herrn Bieler ist auch etwas fremdlich, im Uebrigen aber zeigte er sich als gewandten Tenorbuffo, auch recht sicher in den gut zusammengehenden Ensemblestücken. Es wurde von allen Seiten viel Fleiß auf die Oper verwandt.

Martull,

von vielen Mitgliedern des Hauses gebilligt; um allen Zweifel zu beseitigen, habe die Regierung ein Gesetz versprochen; jetzt habe sie nur aus Rücksicht auf die kurze Dauer der Session die Vorlage unterlassen; ein Gesetz, wie im vorigen Winter im Herrenhause vorgelegt sei, werde ja doch den Conflict nicht heben; der einzige Fehler der Regierung liege also lediglich in dem Wissen, dass, was einem außerordentlichen Landtage vorzulegen sei.

Abg. v. Hennig: Man stehe einander gegenüber, ohne sich zu verstehen; man spreche verschiedene Sprachen; der Kriegsminister spreche von einem außerordentlichen Landtage, während ein außerordentlicher Landtag gar nicht vorhanden sei. Wie sei der Conflict entstanden? Man habe einen neuen Wehrverfassungsplan ins Land geworfen; derselbe habe das ganze Land erschreckt wegen seiner finanziellen Folgen und wegen des Angriffes auf die Landwehr, den Kern und das Herz der preussischen Wehrverfassung. Da schlug die Regierung einen Mittelweg ein; die Landesvertretung wurde „irre geführt“. Die Regierung hat etwas anders gethan, als sie versprochen hatte; v. Patow hat vor dem ganzen Lande erklärt, die Maßregel der Reorganisation werde in jedem Augenblick zurückgenommen werden können. Nur die Rücksicht auf das damalige Ministerium habe das Haus der Abgeordneten bewegen, dem Provisorium zuzustimmen. Keinem Ministerium Manteuffel oder einem verwandten zu Liebe würde das Haus in das Provisorium gewilligt haben. Nicht wir suchen oder machen den Conflict. Die Hand der Versöhnung sehe ich nicht. Was die Regierung mit den Beschlüssen des Hauses für 1862 thun soll? das ist wiederholt schon gesagt. Sollen die Grundgesetze des Staats umgestaltet werden, dann ist in einem Verfassungsstaate ein Gesetz nöthig, eine Vereinbarung mit der Landesvertretung. Als letztes Mittel der Verteidigung haben wir die Kosten für die Reorganisation abgesetzt. Seit Jahren ist von der Landesvertretung gegen die mißbräuchliche Finanzwirtschaft protestirt, aber vergebens. Das Haus hat ein Recht auf vorgängige Feststellung des Etats. Bei der Interpretation des Art. 99, wie sie vorhin der Staatsminister von Bismarck aufgestellt hat, hört der Streit auf; wenn ein Entwurf genügen soll und kein Gesetz nöthig ist zum Etat, dann heißt das eben in einer Sprache sprechen, die wir nicht verstehen. Auf die zwölfjährige Praxis beruft sich der Minister, aber als mißbräuchlich ist diese Praxis immer bezeichnet — von Patow und noch neuerlich von v. d. Heydt bei Gelegenheit des Gesetzentwurfs wegen rechtzeitiger Vorlegung des Etats. Da ist es schwer, im Ernst an verjährliche Absichten der Regierung zu glauben. Bei dem Verfahren der Regierung wird man 1863 genau so stehen, wie jetzt; es wird dann wieder heißen: was wollt ihr Ausgaben treiben, die schon gemacht sind?! — In solchem Zustande haben wir kein Mittel, als an die öffentliche Moral zu appelliren, an das Rechtsgewissen des Volkes.

Referent v. Fordenbeck gegen die Auffassung des Ministers v. Bismarck wegen des „Bewilligungsrechtes“: nach der Schlussberatung über den Etat für 1862 werde ein Votum des einen Factors der Gesetzgebung vorliegen, werde feststehen, daß gewisse Ausgaben nicht gemacht werden dürfen; dann habe sich die Regierung zu fragen, was zu thun; wenn der Minister nun frage, was nach Ansicht der Majorität dann geschehen müsse, so stehe die Antwort schon auf Seite 20 des Berichts der Budget-Commission: „Alle Mitglieder waren ferner darin einig, daß seit dem 1. Januar 1862 die Kriegsbereitschaft lediglich und allein auf eigene Verantwortung der Staatsregierung aufrecht erhalten worden sei, und daß nach Ablehnung der Mehrkosten der Reorganisation die Staatsregierung veranlaßt sei, eine Vorlage, einen Nachtrags-Etat, aus dem die etwaigen Mehrbedürfnisse in Folge der seit dem 1. Januar 1862 aufrecht erhaltenen Kriegsbereitschaft, in Folge ferner der Zurückführung des Heeres aus der Kriegsbereitschaft in eine Organisation, sei es innerhalb des Gesetzes von 1814, sei es innerhalb eines neu vereinbarten Gesetzes, der Landesvertretung zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorzulegen“. — Der Art. 99 der Verfassung sei so klar, daß keine Praxis dagegen aufkomme; stets und unauswählbar sei die Praxis der letzten 12 Jahre als eine mißbräuchliche bezeichnet. — Von einem Streite über die Grenze zwischen Krongewalt und Parlamentsgewalt sei keine Rede, dazu sei das preussische Volk viel zu nüchtern, um einen solchen theoretischen Streit zu unterstützen; das Materielle der Militärfrage sei es, was das Volk bewege, ohne Agitation der politischen Parteien habe die Regierung selbst die Militärfrage in den Vordergrund gedrängt; das Land sei der verstärkten Aushebung wohl geneigt, wolle aber dafür kürzere Dienstzeit, ohne einen Compromiß werde die Regierung nicht durchkommen, und sie dahin zu bringen, darum mache das Haus von seinem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch.

Staatsminister v. Bismarck: Er wolle gern auf den Etat pro 1862 eingehen, ohne jedoch eine präjudicirliche Erklärung abzugeben. — Ein Mißbrauch von Verfassungsrechten könne von allen Seiten getrieben werden; das sühne denn zur Gegenwirkung von anderer Seite. Die Krone z. B. könne zwölfmal hintereinander auflösen, das sei gewiß nach dem Buchstaben der Verfassung erlaubt, würde aber doch Mißbrauch sein. Ebenso könne sie Streichungen des Budgets zurückweisen, ohne daß; da sei die Grenze schwer zu ziehen; sei sie schon bei 6 Millionen? bei 16? oder erst bei 60? — Es gebe Mitglieder des Nationalvereins, eines wegen der Gerechtigkeit seiner Forderungen zu Ansehen gelangten Vereins, — hochachtbare Mitglieder, die alle stehenden Heere für überflüssig erklärten. Ja, wenn nun eine Volksvertretung diese Ansicht hätte! Müßte nicht eine Regierung das zurückweisen?! — Von der „Nüchternheit“ des preussischen Volkes sei die Rede gewesen. Ja, die große Selbstständigkeit des Einzelnen mache es schwierig in Preußen, mit der Verfassung zu regieren (oder die Verfassung zu consolidiren?); in Frankreich sei das anders; da habe diese individuelle Selbstständigkeit. Eine Verfassungskrise sei keine Schande, sondern eine Ehre. — Wir sind ferner vielleicht „zu gebildet“, um eine Verfassung zu tragen; wir sind zu kritisch; die Befähigung, Regierungsmäßigkeiten, Acte der Volksvertretung zu beurtheilen, ist zu allgemein; im Lande giebt es eine Menge „catilinarischer Existenzen“, die ein großes Interesse an Umwälzungen haben. Das mag paradox klingen, beweist aber doch alles, wie schwer in Preußen verfassungsmäßiges Leben ist. — Man ist ferner zu empfindlich gegen Fehler der Regierung; als wenn es genug wäre, zu sagen, der und der Minister hat Fehler gemacht; als wenn man nicht selbst mit litte?! — Die öffentliche Meinung wechsle; die Presse sei nicht die öffentliche Meinung; man wisse, wie die Presse entstände; die Abgeordneten hätten die höhere Aufgabe, die öffentliche Stimmung zu leiten, über ihr zu stehen. — Nochmals unser Volk angehend: wir haben zu heißes Blut; wir haben die Vorliebe, eine zu große Kühlung für unsern schmalen Leib zu tragen; nun sollen wir sie auch

utilisiren. Nicht auf Preußens Liberalismus steht Deutschland, sondern auf seine Macht; Baiern, Württemberg, Baden mögen dem Liberalismus indulgiren; darum wird ihnen doch keiner Preußens Rolle anweisen; Preußen muß seine Kraft zusammenfassen und zusammenhalten auf den günstigen Augenblick, der schon einige Male verpaßt ist; Preußens Grenzen nach den Wiener Verträgen sind zu einem gesunden Staatsleben nicht günstig; nicht durch Heben und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden — das ist der Fehler von 1848 und 1849 gewesen — sondern durch Eisen und Blut. — Die vorjährige Bewilligung sei erfolgt; aus welchen Gründen, sei gleichgültig; er suche aufrichtig den Weg der Verständigung; ob er ihn finde, hänge nicht allein von ihm ab. Man hätte lieber kein fait accompli machen sollen seitens des Abgeordnetenhauses. — Wenn kein Budget zu Stande komme, dann sei tabula rasa; die Verfassung biete keinen Ausweg; denn da stehe eben Interpretation gegen Interpretation; summum jus, summa injuria; der Buchstabe tödtet. Er freue sich, daß die Aeußerung des Referenten, wegen Möglichkeit eines andern Beschlusses des Hauses in Folge einer etwaigen Gesetzesvorlage, die Aussicht auf Verständigung lasse; er suche diese Brücke auch; wann sie gefunden werde, stehe dahin. — Das Zustandekommen eines Budgets in diesem Jahre sei der Zeit nach kaum möglich; wir seien ja in exceptionellen Zuständen; das Princip der schleunigsten Vorlegung des Budgets sei ja auch von der Regierung anerkannt; aber man sage, das sei schon oft versprochen und nicht gehalten; nun, „Sie können doch uns als ehrlichen Leuten trauen“. — Die Interpretation, es sei verfassungswidrig, verweigerte Ausgaben zu machen, theile er nicht; zu jeder Interpretation sei Uebereinstimmung der drei Factoren nöthig.

Abg. Virchow: Der Minister unterscheide zwischen vertraulichen und officiellen Mittheilungen. Letztere seien jetzt im hohen Grade wünschenswerth. Wenn die Minister neu seien in den jetzigen Schwierigkeiten, so sei doch andererseits nicht zu vergessen, daß die Krisis schon lange dauere, schon einen Ministerwechsel herbeigeführt habe. — In den offenen Aeußerungen des Ministers sehe er viel Gefährliches. Schon lange höre man von Verfassungs-Nothstand u. dergl. Jetzt bestätige sich das. Das Land verlange, daß endlich die Verfassung Wahrheit werde, und sofort sei der Conflict da. Der Minister interpretire Art. 99 der Verfassung so, als ob Article 2 mit Article 1 (s. oben) in einem sehr losen Zusammenhange stehe, während sie doch untrennbar zu einander gehörten. Der Minister spreche von einseitiger Interpretation; das sei ein Novum; noch das vorige Ministerium, dem der Herr Kriegsminister angehörte, habe die Interpretation des Hauses getheilt. Ueber die öffentliche Meinung täusche sich der Minister wohl in Folge seines längeren Aufenthaltes außer Landes; die Stimmung des Landes in der Militärfrage sei eine feste, langsam erstarrte; das Volk habe die frühere Majorität verlassen; durch die Entwicklung der Regierungs-Verhältnisse sehe sich das Volk, sehr wider seinen Willen, in einen schweren Conflict gebracht; nicht empfindlich sei das Volk, sondern geduldig und zähe, wie die Regierung wohl erfahren werde. Wenn nun der Minister die Verfassung so auslege, wie er gethan, wenn er dabei das Herrenhaus unverändert erhalten wolle u. s. w., dann werde man eben in Zustände hinein kommen, wie sie in anderen deutschen Ländern bereits längere Zeit beständen, und wie man dabei noch große Machtfragen lösen wolle, das sei ihm unerfindlich. — In der Auffassung und Wahrung des Art. 99 werde die Minorität mit der Majorität übereinstimmen. Ein anderes Hinderniß, als ein moralisches existire allerdings für die Regierung augenblicklich nicht, gegen den Beschluß des Hauses zu handeln; aber die Minister blieben persönlich haftbar.

Staatsminister v. Bismarck: Im Namen der Regierung habe er sich nur über die Resolution ausgesprochen, das andere sei vertraulich; er beklage nebenbei die wörtlichen Mittheilungen aus den Commissionen; das erschwere die Verständigung. — Auswärtige Conflicte zu suchen, um über innere Schwierigkeiten hinwegzukommen, dagegen müsse er sich verwahren; das würde frivol sein; er wolle nicht Handel suchen; er spreche von Conflicten, denen wir nicht entgegen würden, ohne daß wir sie suchten. — Das Herrenhaus angehend, so sei das nicht seine Schöpfung; er könne sich eine bessere denken; aber es sei einmal da; die Angriffe in der Presse gingen über das Maß; kein Engländer würde daran denken, das Oberhaus so anzugreifen. — Kirchliche Zustände seien in Preußen unmöglich; ein Sturm im Glase Wasser lasse sich nicht vergleichen mit einem solchen Conflicte in einem Großstaate. — Was die persönliche Haftbarkeit angehe, so tröste er sich mit dem Worte: ultra posse nemo obligatur.

Abg. Stavenhagen: Er habe nicht zu der Majorität gehört, aber zu dem zweiten Punkte der Resolution (Verfassungswidrigkeit verweigerter Ausgaben) bekenne er sich ausdrücklich; darin sei der Kern des ganzen Verfassungsrechts enthalten. Die Ausführung des ersten Punktes (Feststellung des Etats für 1863 nach in diesem Jahre) halte er für unmöglich; er beantrage daher einen Zusatz dahin: „oder wenn dies nicht ausführbar wäre, für die bis zur Feststellung des Etats im Jahre 1863 nothwendigen Ausgaben die Gewährung eines extraordinären Credits bei der Landesvertretung noch vor dem Jahre 1863 zu beantragen.“

Abg. Twisten: Man könnte mit der Resolution warten, bis das Herrenhaus über den Etat von 1862 beschloffen habe, aber dann werde man vielleicht nicht die Zeit dazu haben; die Resolution sei nöthig den Erklärungen der Minister gegenüber; nicht zehn Abgeordnete würden Fordenbecks Interpretation des Art. 99 bestreiten, nicht zehn Abgeordnete würden der Ansicht des Ministers zustimmen, daß die Krone nur die Rechte abgeben habe, auf die sie in der Verfassung ausdrücklich verzichtet habe, und daß sie daneben noch Rechte habe — vielmehr würden alle übereinstimmen, daß die Krone nur die Rechte habe, welche in der Verfassung ständen; endlich würden nicht zehn Abgeordnete bestreiten, daß ohne Budget keine verfassungsmäßige Ausgabe zu machen sei. Das seien dann eben heftige Zustände. Formale Concessionen seien nicht genügend, sondern materielle; auch die Minorität des Hauses (Linke, Schwerin) verlange Änderungen in der Reorganisation; das vorzulegende Gesetz müsse einigermaßen Aussicht auf Annahme im Hause haben; nicht jedes beliebige Gesetz werde den Conflict lösen, z. B. nicht so eines, wie die Regierung im vorigen Winter im Herrenhause eingebracht habe. — Mit Punkt 1 der Resolution könne er sich auch nicht einverstanden erklären, weil die Ausführung unmöglich sei. Werde Punkt 2 (wie er nicht zweifle, mit großer Majorität) angenommen, dann müsse die Regierung einen Ausweg suchen, um verfassungswidrige Ausgaben zu vermeiden; ein extraordinärer Credit sei der beste Ausweg; aber der werde

nicht bewilligt werden ohne bindende Zusage materieller Concessionen.

Abg. v. Kirchmann: Durch die schleunige Vorlegung des Etats für 1863 würde die Regierung wenigstens ihren guten Willen bekunden; die Beschlüsse des Hauses für 1862 angehend, so sei auf dieselben bei gutem Willen wohl einzugehen; von einem vollständigen Zurückgehen auf den früheren Zustand sei nicht die Rede; der Stavenhagensche Zusatzantrag habe seine Bedenken: aus der Bewilligung eines extraordinären Pauschquantums werde wieder eine Zustimmung zu der Reorganisation gefolgert werden, und andererseits werde man bei dem Versuch einer Specialisirung in dieselben Streitigkeiten hineinkommen, die jetzt vorliegen. — Die persönliche Haftbarkeit werde die Minister schwerlich in ihrer politischen Thätigkeit bestimmen; aber Anhalt zu einer solchen Haftbarkeit biete die Verfassung genug. Die Oberrechnungskammer werde zunächst Monita zu machen haben; freilich könne sie denselben keine practische Folge geben, so lange diese Minister im Amte seien; aber wenn neue Minister ins Amt kämen, so ließe sich die Sache anders an.

Kriegsminister v. Roon: Deductionen, Interpretationen führten zu nichts; der Gegensatz sei constatirt; man solle die gegenwärtige Situation ins Auge fassen, und zusehen wie man da herauskomme; für beide Theile sei die Situation nicht angenehm; beide hätten also zu untersuchen, wie aus der Sackgasse herauszukommen. Auf 1859 zurückzugehen — dazu habe er, wie er offen bekenne, den guten Willen nicht; denn dadurch würde dem Lande eine größere Ausgabe erwachsen, als die sechs Millionen, die ihm eben auf sein Conto geschrieben worden; denn wenn man sich nun im nächsten Jahre wieder einige über etwas der jetzigen Organisation Ähnliches, dann werde man wieder aufbauen was man jetzt niederreife. Der Twistensche Hinweis auf materielle Concessionen sei unpractisch; man verlange kürzere Dienstzeit, aber er habe schon ausgeführt, daß das für 1863 unausführbar sei; die Frage der Reorganisation und der kürzeren Präsenzzeit hänge nicht unbedingt zusammen, aber die Armee müsse vor allem lebensfähig erhalten bleiben; Zusage der kürzeren Präsenzzeit ohne Compensationen — das würde eine unverantwortliche Uebereilung sein; daß über den Etat für 1863 selbst bei so fortiger Vorlegung eine Einigung bis 1863 nicht verlangt werden könnte, sei klar; Unbilliges werde die Commission doch nicht beschließen wollen. — Der Schluß der Debatte wird angenommen.

Ref. v. Fordenbeck: Man verlangt nur, daß die Regierung das thut, was die Möglichkeit gewährt, daß der Etat zu Stande kommt; wenn dann andere Schwierigkeiten kommen, so wird sich das finden; erst den ersten Schritt thun, dann kann man an den zweiten denken; seine politische Pflicht muß das Haus thun ohne solche staatsmännische Erwägungen. Der Stavenhagensche Zusatz erneuert den unglücklichen Vorgang von 1860, und das ist grade der Zustand, aus dem wir endlich heraus müssen.

Der Kriegsminister wiederholte nochmals: eine Gesetzesvorlage und eine darauf begründete Umarbeitung des Etats lasse sich nicht in so kurzer Zeit machen; die technischen Schwierigkeiten könne er am besten würdigen, und selbst wenn die Vorlegung heute am Tage erfolge, so könne die Regierung keine Garantie übernehmen, daß man sich auch bis zum 1. Januar geeinigt haben werde. — Ref. v. Fordenbeck: Eine solche Garantie werde nicht verlangt und könne nicht verlangt werden; es handle sich nur um die Mahnung, daß die Regierung das thue, was ihr möglich sei, was in ihrer Macht stehe.

Bei der Abstimmung wurde der Stavenhagensche Zusatz mit 25 gegen 4 Stimmen abgelehnt; der erste Punkt der Resolution wurde mit allen gegen 4 Stimmen, der zweite mit 26 Stimmen gegen 1 Stimme (Niterrath) angenommen. — Mit 14 gegen 13 Stimmen wurde mündliche Berichterstattung (der größeren Beschleunigung wegen) beschloffen.

Den Bericht über die gestrige Sitzung des Abgeordnetenhauses, in welcher der Etat des Ministeriums des Innern beraten wurde, theilen wir wegen Mangels an Raum in der Morgennummer mit.

Deutschland.

— Bevor Herr von Bismarck-Schönhausen die Leitung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten übernimmt, begiebt sich derselbe noch einmal nach Paris, um dem Kaiser Napoleon sein Abberufungs-Schreiben zu überreichen. — So die „Spen. Z.“

Röln, 28. Sept. Der Verfasser der vor einigen Monaten confiscirten Broschüre „organisatorische Donnerkeile“, ein Officier der hiesigen Garnison, ist vor einigen Tagen vom Militärgericht zu einer mehrmonatlichen Festungshaft verurtheilt worden.

Frankreich.

Paris, 29. Sept. Herr von Bismarck-Schönhausen, der jetzt an der Spitze des Ministeriums in Preußen steht, wird vom „Moniteur“ heute mit großer Anerkennung besprochen. Der Münchener Correspondent des amtlichen Blattes sagt von ihm: „Das bisherige Verhalten des neuen Ministerpräsidenten giebt allen Grund zu der Hoffnung, daß es ihm gelingen werde, die edle Aufgabe, welche ihm gestellt worden, zu lösen, nämlich die Leidenschaften und die Verstimmung der Parteien zu beschwichtigen und sie auf den Boden der Verständigung zu leiten, zum höchsten Wohle Preußens und auch Deutschlands. Die Ernennung des Herrn von Bismarck wird, unter den gegenwärtigen Verhältnissen, keine vereinzelte Thatfache bleiben können, sondern mit Nothwendigkeit noch andere Änderungen des Cabinets nach sich ziehen müssen. Es ist übrigens heute nur eine einzige Frage aufzuwerfen, aber sie beherrscht alle anderen Hypothesen: wird Herr von Bismarck mit oder ohne die gegenwärtige Kammer regieren? Das ist das wichtigste Problem, welches zu lösen ist. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird dieser Minister durch passende und kluge Concessionen sich mit der Fortschritts-Majorität zu arrangiren suchen, indem er an deren Patriotismus, an die Treue der Nation zur Krone und vor Allem daran appellirt, daß eine Uebereinstimmung zwischen den Staatsgewalten zum Heile Preußens in den bedenklichen Umständen, in denen dasselbe sich jetzt befindet, ein unerlässliches Bedürfnis ist.“

Rußland und Polen.

Warschau, 29. Sept. Der heutige „Dziennik Powschny“ eröffnet mit Folgendem: Auf Grund Warschauer Correspondenzen verbreiten ausländische Zeitungen das Gerücht, daß die Berufung einer gewissen Zahl von Outsbeyern wegen Uebergabe einer Adresse in Folge einer vom Großfürsten dem Grafen Samoytski erteilten Vollmacht erfolgt sei. Da diese Behauptung eine falsche ist, und da es der Regierung Sr. kaiserlich-königlichen Majestät darum zu thun ist, daß das Publikum durch Gerüchte, welche augenscheinlich

11

Heute Morgen 2½ Uhr wurde meine liebe Frau Marie geb. Wendt von einem geliebten Mädchen glücklich entbunden.
Danzig, den 2. October 1862.
[32] Herrmann Agt.

Das der Wittve und den Erben des Rentiers Johann Carl Lenowski gebürige, hieselbst in der Holzgasse sub No. 1 des Hypothekenbuchs felegene Grundstück, abgetheilt laut der nebst Hypothekenbuche in unserm Bureau V. einzusehenden Taxe auf 5364 Thlr. 5 Sgr., soll
am 11. November d. J.,

Vormittags 11½ Uhr,
an ordentlicher Gerichtsstelle zum Zwecke der Auseinandersetzung der Miterben subhastirt werden.
Alle unbekannten Realprätendenten werden aufgefordert, sich bei Vermeidung der Präclusion spätestens in diesem Termine zu melden.
Der dem Aufenballe nach unbekannte Miterbe, Tischlergeselle August Wilhelm Lenowski wird hierzu öffentlich vorgeladen.
Danzig, den 13. April 1862.

Königl. Stadt- u. Kreis-Gericht.
1. Abtheilung. [3003]

Das in No. 1390 dieser Zeitung enthaltene Proclama vom 6. d. Mts., betreffend den notwendigen Verkauf des Gutes Skudzewo, wird dahin declarirt, daß nur das Gut Skudzewo mit dem Vorwerke Gnasdowo, nicht aber auch ein Bauergrundstück zum Verkauf kommt und hierdurch sich die in dem Proclama angegebene Größe des Areals um 13 Morgen 137 □ Ruthen ermäßigt.
Thorn, den 23. September 1862.

Königliches Kreis-Gericht.
1. Abtheilung. [7766]

Bekanntmachung.
Uebertretungen der Postgesetze kommen erfahrungsmäßig hauptsächlich bei solchen Sendungen vor, welche unter Band (Streif- oder Kreuzband) zur Beförderung mit der Post eingeliefert werden. Zum Zweck möglichstster Anwendung der Uebertretungen wird, unter Bezugnahme auf § 15 des Reglements vom 21. Dezember 1860, auf die einschlagenden Vorschriften aufmerksam gemacht.

Gegen die ermäßigte Taxe von vier Pfennigen bis zu 1 Loth excl. u. f. w. nach Maßgabe des Gewichts können innerhalb des Preussischen Postgebiets und des Deutschen Postvereinsgebiets unter Band frankirt befördert werden: alle gedruckte, lithographirte, metallographirte, oder sonst auf mechanischem Wege hergestellte, zur Beförderung mit der Postpost geeignete Gegenstände, mit Ausnahme der gedruckten Bücher und der mittelst der Copirmaschine oder mittelst Durchdrucks hergestellten Schriftstücke.

Die Adressen muß auf dem Streif- oder Kreuzbande und darf nicht auf der Sendung selbst angebracht sein.

Die Versendung unter Band gegen die ermäßigte Taxe ist im Allgemeinen unzulässig, wenn die Gegenstände nach ihrer Bestimmung durch Druck u. f. w. außer der Adresse irgend welche Zusätze oder Aenderungen am Inhalte erhalten haben. Dabei macht es keinen Unterschied, ob die Zusätze oder Aenderungen geschrieben oder auf andere Weise bewirkt sind, z. B. durch Stempel, durch Druck, durch Ueberkleben von Worten, Ziffern oder Zeichen, durch Punktieren, Unterstreichen, Durchstreichen, Ausradieren, Durchschneiden, Ab- oder Ausschneiden einzelner Worte, Ziffern oder Zeichen u. f. w.

Es kann jedoch den Preis Couranten, Circularen und Capfehlungschriften noch eine innere, mit der äußeren übereinstimmende Adresse, sowie Ort, Datum und Namens-Unterschrift hinzugefügt werden; ferner dürfen Circulare von Handlungshäusern mit der handschriftlichen Unterscheidung der Firma von mehreren Theilnehmern der Handlung versehen sein. Den Correcturbogen können Aenderungen und Zusätze, welche die Correctur, die Ausstattung und den Druck betreffen, hinzugefügt werden; das Manuscript darf dagegen den Correcturbogen nicht beigelegt werden. Modelbilder, Landkarten u. f. w. dürfen colorirt sein; die Bilder und Karten dürfen aber nicht in Handzeichnungen bestehen, sondern müssen durch Holzschnitt, Lithographie, Stahlstich, Kupferstich u. f. w. hergestellt sein.

Auf der innern oder äußeren Seite des Bandes dürfen sich solche Zusätze, welche keinen Bestandtheil der Adresse bilden, nicht befinden, mit Ausnahme des Namens oder der Firma des Absenders.

Mehrere Gegenstände dürfen unter Einem Bande versendet werden, sofern sie von ein und demselben Absender herrühren und überhaupt zur Versendung unter Band geeignet sind; die einzelnen Gegenstände dürfen aber alsdann nicht mit verschiedenen Adressen oder besonderen Adress-Umschlägen versehen sein.

Wer Gegenstände unter Streif- oder Kreuzband zur Versendung mit der Post einliefert, welche überhaupt oder wegen verbotener Zusätze unter Streifband nicht versandt werden dürfen, wird nach § 35 des Gesetzes vom 5. Juni 1852 mit dem vierfachen Betrage des Porto, jedoch niemals unter einer Geldbuße von fünf Thalern bestraft.

Danzig, den 23. März 1862.
Der Ober-Post-Director
Breithaupt.

Garibaldi seine Jugend, sein Leben, seine Abenteuer und Kriegsthaten.
Eine unpartheiische Schilderung nach den besten Quellen von L. v. Alvensleben. Mit Porträt. Dritte vermehrte Auflage, fortgesetzt bis auf die neuesten Ereignisse.
Weimar, Voigt. 1862. Geb. 15 Sgr.

So eben erschienen und zu haben in der Buchhandlung von
Constantin Ziemssen,
in Danzig, Langgasse No. 55.

Der Unterzeichnete wird im Laufe dieses Winters und zwar vom October cr. an, im Saale des Gewerbehause 6 Vorträge für Herren und Damen über

Experimental-Chemie u. technische Chemie

halten, und dieselben durch Experimente erläutern. Die Subscriptionslisten für diese Vorträge liegen in der Expedition der Danziger Zeitung, in der Anhalt'schen Buchhandlung und in meiner Wohnung Breigasse No. 43 zur gefälligen Unterzeichnung, aus. Der Preis einer Eintrittskarte für die 6 Vorträge beträgt 2 Thlr. [6968]

Cuno Fritzen.

Einladung zum Abonnement! In Berlin erscheint:

Viertel-
jährlich **Der Fortschritt.** nur 12 Sgr.

Allgemeines Wochenblatt für Stadt und Land.

Unter Mitwirkung von
Dr. H. Becker (Dortmund), Dr. H. Gela, Dr. Falkson (Königsberg), Dr. J. Frese (Minden), Moritz Hartmann, Dr. Löwe (Calbe), Dr. Rudolf Löwenstein, Dr. H. S. Oppenheim, Dr. Ferd. Plüß, Dr. Guido Weiß, Consul Dr. E. Wiß, vorm. Oberbürgermeister Siegler u. A., herausgegeben von
Ludwig Walewode.

„Der Fortschritt“ bringt politische Leitartikel und Wochenschau, Gemeinnütziges, aus allen Fächern und Novellen, Erzählungen, Reisebilder u. f. w. aus der Feder der beliebtesten Schriftsteller. Durch entschiedenen Freisinn, Klarheit und Wohlfeilheit ein wahres Volksblatt! Abonnements für das 4. Quartal nehmen alle Post-Anstalten, Buchhandlungen und Zeitungs-Expeditoren entgegen. [31]

Zu haben bei **Constantin Ziemssen,** Langgasse No. 55.

Englische glasierte Steinröhren,

dauerhafter und gleichzeitig um 30 bis 75 % billiger als eiserne Röhren.
Die von mir in 2 bis 18 Zoll Durchmesser geführten Steinröhren von unübertroffener Güte empfehle ich als vorzüglich zweckmäßig und billig zu Wasserleitungen aller Art, zu Durchläufen und Ueberbrückungen, Säulen und Abflüssen bei allen Wegebauten, zu Wasserleitungen in Brennerien und Brauereien, zu Leitungen abseits der Kläranlagen, zu Zuleitungen, sowie zu Gas-, Dampf- und Wärmeleitungen, endlich zu kleinen Schornsteinen und ruffischen Röhren. Preis-Courante sende ich auf portofreie Anforderungen gratis ein. [2677]

Hugo Scheller, Danzig, Hundegasse 29.

Dr. Scheibler's künstliche Nachener Bäder, brom- und jodhaltige Schwefelseife.

Durch diese nach einer Analyse des Prof. J. v. Liebig bereiteten künstlichen Nachener Bäder werden nach dem Urtheil ärztlicher Autoritäten die natürlichen vollständig ersetzt. Sie sind daher das beste Heilmittel gegen Rheumatismus, Gicht, Scropheln, Flechten, Syphilis, Mercurial-Siechthum und alle übrigen für die Nachener Bäder geeigneten Krankheitsformen.

1 Krude à 6 Vollbäder 1 fl. 10 Sgr.; halbe 22½ Sgr. incl. Gebrauchsannehmung.
Die Niederlage für Danzig befindet sich in der Handlung von Toilette-Artikeln, Parfümerien und Seifen von **Albert Neumann,** Langenmarkt 38, Ecke der Kürschnergasse. [4585]

Bei **Schroedel & Simon** in Halle ist erschienen:

Zuverlässiger Rechenknecht
nach dem neuen Preussischen Gewicht in vollständig ausgerechneten Tabellen für den Ein- und Verkauf nach Centnern, Pfunden, Lothen und Quentchen bearbeitet von **Martin Müller.** Preis 10 Sgr. [36]
Vorwärts bei **Th. Anbuth,** Langenmarkt No. 10.

Beim Beginn des neuen Schuljahres erlaubt sich der Unterzeichnete sein vollständiges Lager aller in hiesigen und auswärtigen Schulen eingeführten

Schulbücher, Atlanten u.
in dauerhaften Einbänden und zu reellen Preisen, zu empfehlen.

L. G. Homann,
[44] Buchhändler, Jopengasse 19.

Photographie-Albums

im neuesten und elegantesten Geschmack zu haben bei **L. G. Homann** in Danzig, Jopengasse No. 19. [46]

Die Photographie unseres zukünftigen Oberbürgermeisters

Herrn von Winter

im Visitenkartenformat, Preis 10 Sgr. zu haben bei **L. G. Homann** in Danzig, Jopengasse No. 19. [45]

Die Buch- und Kunst-Handlung von

E. Doubberck,
Langgasse No. 35,

empfiehlt ihr wohlfortirtes Lager von Schulbüchern in dauerhaften Einbänden zu billigen Preisen. [35]

So eben erschien in der unterzeichneten:

Dorr, Nothher, Löwischen

Wießel on Noacht.
Plattdeutsche Gedichte. Preis 12 Sgr.

Neumann Hartmann'sche Buch- und Musikhandlung in Elbing. [7597]

Institut für chemischen Unterricht u. chemische u. mikroskopische Untersuchungen

von

Cuno Fritzen,
[546] Breitgasse 43, Sperrstunden von 12-2 Uhr M.

Das Gut Eichental bei Zusterburg (Seitzer Dehmke) circa 600 Morg. preuß. groß, soll schnelligst verkauft werden. [7517]

Aus der preussischen medicinischen Zeitung No. 34.

Die viel verbreitete Bekanntheit, welche sich die Lubowsky'sche medicinische Tokayer Essenz im Publikum wegen ihrer höchst stärkehenden Heilkraft erworben hat und in diätetischer Hinsicht besonders bei den Herren Medicinern und Pharmaceuten täglich an allgemeiner Würdigung gewinnt, verdrängt hierbei jeglichen Glauben an eine Charlatanerie, um welche es sich nicht selten bei Ausbietungen von Gesundheit befördernden Mitteln handelt. Wenn, wie bekannt, der Lubowsky'sche Tokayer als Stärkungsmittel erfolgreiches leistet, so dürfte immerhin der Gebrauch desselben und bei gewissen Krankheitsformen die Zustimmung des Arztes erforderlich sein. Die Heilkraft dieses Lubowsky'schen Ungarweins wird laut Analyse durch die sehr günstigen Mengenverhältnisse der in diätetischer und medicinischer Beziehung wichtigen Weinbestandtheile, an Eisenoxyd, phosphorsaurem Salz und Eiweißstoff bedingt, entfaltet seine Heilkraft vorzugsweise bei Kindern, wenn er die Säuremischung durchdrungen hat und somit auf die lymphatischen Drüsen und Gefäße vorthellhaft einwirkt, wodurch der Ernährungs-Prozess gefördert, die Esslust vermehrt und die Blutmischung verbessert wird.

Solche Wirkungsweise resultirten wir von allen uns vorgekommenen Weinsorten einzig und allein bei dem Lubowsky'schen Tokayer und empfehlen deshalb solchen in Wahrheit als ein reelles und wirkungsreiches Stärkungsmittel, bestehend in einem edlen unverfälschten Wein, welcher unter dem Lubowsky'schen Firmasiegel und Etiquet der Flaschen: Vinum Hungaricum Tokayense in der ungarischen Wein-Grosshandlung der Herren Jul. Lubowsky & Comp. in Berlin, Comptoir: Leipziger Strasse 42, die Originalflasche zu 1½ Thlr., halbe dito zu 22½ Sgr. und Probe-Flaschen zu 7½ Sgr. unter ärztlicher Gebrauchsanweisung zu haben ist.

Für Danzig in der Raths-Apotheke des Herrn **Hoffmann** zu haben. [29]

Ein vorzügliches Jagdgewehr (Kugel- und Schrothlauf, Subier Fabrikat, nebst einem gut dressirten und abgeübten Hühnerhund, stehen sofort zum Verkauf Kaninchenberg 1. [46]

Ein großer brauner Wallach, 6 Jahre alt, frommer Gespanner, steht in meinem Reitstalle zum Verkauf. [9] **J. Sczerpsynowski, jun.**

In meinem Reitstalle steht eine braune Stute, frommes Reitpferd, auch einspännig zu fahren, zum Verkauf. [9] **J. Sczerpsynowski, jun.**

Wanzenäther, „nicht zu verwechseln mit Infektenpulvertinktur“, zur gänzlichen Vertilgung der Wanzen nebst Brut empfiehlt **A. Schröder,** Langenmarkt 18. [38]

Ein vorzüglich dressirter Hühnerhund ist zu verkaufen Schießtange 2. [17]

Achte Teltower Rübchen empfing und empfiehlt **Robert Hoppe,** Breit- und Jaulengassen-Ecke und vis-à-vis der Post. [30]

Meine Wohnung ist vom 1. October c. Eastadie No. 10. [34] **Julius Büttner.**

Kräftige holländische Blumenzwiebeln empf. Julius Bische, Schießtange 2. [18]

400 Thlr. werd. auf 1 Grdst. v. 6 Morg. Land, 4 Stub., Stallg., für 700 Thlr. angekauft, 930 incl. Invent., 3. 1. Hyp. u. 6 pCt. 3. gesucht, v. Selbstverleibern, unt. Adr. K. 17 im Int.-Comptoir. [41]

Mein Comptoir befindet sich von heute ab Hundegasse 49. [43] **Benno Loche.**

Sonnabend, den 4. d. Mts. bleibt mein Geschäft geschlossen. [24] **H. M. Hermann.**

Urwählerversammlung.
Sonnabend, den 4. October Abends 7 Uhr findet im Saale des Schützenhauses eine Versammlung der liberalen Urwähler statt. Tagesordnung: Zustimmungadresse an unsere Abgeordneten. **Revin.**

Im großen Schützenaal,
Freitag, den 3. October c.,
3. Concert

der fünf Kärnthner National-Sänger. Anfang 6½ Uhr. Entrée 5 Sgr. Kinder unter 12 Jahren die Hälfte. Programm an der Kasse.

Stadt-Theater.
Freitag, den 3. October. (1. Abon. No. 13.) Zum ersten Male: Die wie mir. Lustspiel in 1 Act von Roger. Hierauf: Vor dem Balle. Soloförz in 1 Act. Zum Schluss: Doctor und Friseur. Pöffe in 2 Acten von Kaiser. [42]

Druck und Verlag von **A. W. Rasemann** in Danzig.